

Altbundespräsident Gauck fordert Toleranz „Richtung rechts“

Wenn es plötzlich zu bunt wird

Dieter Stein

Die jüngste Oberbürgermeisterwahl in der schlesisch-sächsischen Provinz offenbarte, wie blank die Nerven bei etablierten Kräften liegen wegen des Erstarkens der AfD in den östlichen Bundesländern. Nur eine örtliche „Nationale Front“ von CDU bis Linkspartei plus ein Appell mit Hollywood-Größen sorgten in Görlitz am Schluß mit Ach und Krach dafür, daß Sebastian Wippel von der AfD bei 45 Prozent stehenblieb und der Kandidat der CDU, Octavian Ursu, siegte. Ein Sieg mit sehr schalem Beigeschmack.

Im Spiegel versucht sich Altbundespräsident Joachim Gauck darin, zu erklären, warum besonders auf dem Gebiet der ehemaligen DDR solche renitent abweichenden politischen Meinungen zu verzeichnen sind. Schlagzeilen machte dabei seine Forderung nach einer „erweiterten Toleranz in Richtung rechts“: Mehr noch: „Wir müssen zwischen rechts – im Sinne von konservativ – und rechtsextremistisch oder rechtsradikal unterscheiden.“ Daß eine solch banale Feststellung zu anhaltendem Raunen im Blätterwald sorgt, zeigt, wo in Wirklichkeit die Probleme liegen.

Bei näherem Hinsehen zeigt Gauck nämlich, daß hinter der Fassade eines Plädoyers für „mehr Toleranz und Offenheit“ die Vorstellung eines gouvernementhaft eingeschränkten „diskutablen“ demokratischen Spektrums steht. Als evangelischer Pfarrer könnte er hier anprangern, daß der Evangelische Kirchentag das Gespräch mit AfD-Politikern verweigert.

Gauck attestiert jedoch nicht der EKD Schwierigkeiten mit der Demokratie, sondern hält „einem relevanten Teil“ seiner ostdeutschen Landsleute ein „Unbehagen an der Leitkultur der politischen Moderne“ und „systembedingte Handlungsdefizite an staatsbürgerlichem Verhalten“ vor. Den AfD-Anhängern unterstellt er indirekt, Sehnsucht nach „Sicherheit und gesellschaftlichem Konformismus“ zu haben, statt begeistert zu sein von „Freiheit, Offenheit und Pluralität“.

Doch wer hat denn tatsächlich die größten Probleme mit „Offenheit und Pluralität“? Wer kann es nicht ertragen, wenn in einer Demokratie nicht nur Linke und Mitte, sondern hin und wieder auch eine rechte Partei gewinnt? Oder daß diese überhaupt existiert? Tatsächlich kann wohl jeder Konservative aus seinem familiären und privaten Umfeld ein Lied davon singen, daß in aller Regel nicht sie, sondern die „toleranten“ linken oder „mitte-linken“ Verwandten und Freunde es sind, die Schwierigkeiten haben, zu akzeptieren, daß sie nicht allein auf der Welt sind. „Pluralität“ und „Offenheit“ hören plötzlich auf, wenn es wirklich „bunt“ zu werden droht.

Gauck meint im Spiegel auch: „Multikulti ist nicht umstandslos gut, das kann ganz schön anstrengend sein.“ Wohl war. Auch Demokratie ist ganz schön anstrengend. Wenn man feststellen muß, daß das wirklich mit der Akzeptanz abweichender Meinungen zu tun hat.

„Das schwächt die Verfassung“

Wird das Grundgesetz seit Jahren durch Bundestag und Regierung gebrochen? Ja, so Bundesminister a.D. Rupert Scholz. Er warnt vor den Folgen
Moritz Schwarz

Herr Professor Scholz, unser Grundgesetz ist gerade, umjubelt und gefeiert, siebzig geworden. Aber ...?

Rupert Scholz: Aber es hat auch seine Probleme, obwohl es zweifellos die beste Verfassung der deutschen Geschichte ist und zu Recht so gewürdigt wird.

Was für Probleme?

Scholz: Eine der Stärken seiner Konzeption ist seine Beschränkung auf Grundsätze – statt zu versuchen, alle möglichen konkreten politischen Inhalte zu fassen. Denn das stellt sicher, möglichst wenig zu „veralten“. Inzwischen wächst aber genau diese Tendenz, immer mehr Einzelheiten ins Grundgesetz schreiben zu wollen. Denken Sie etwa jüngst an die Forderung nach einem verfassungsmäßigen Recht auf Wohnung, Schutz des Klimas oder vor sexueller Diskriminierung. Das mag alles schön und gut sein, zerstört aber eine Verfassung.

Warum?

Scholz: Weil es sie überfrachtet. Eine Verfassung regelt Grundsätzliches, nicht das Konkrete. Das führt nämlich unweigerlich dazu, daß das Tagespolitische dort Einzug hält und sie zum Spielball der Politik wird. Genau das aber darf eine Verfassung auf gar keinen Fall sein!

Parteien gehen damit inzwischen sogar auf Stimmenfang: Wählen Sie uns, wir schreiben XY ins Grundgesetz!

Scholz: Eben, und sich im Grundgesetz zu verewigen gilt mittlerweile als höchster politischer Erfolg und als Garantie, eigene Politik auch über die Abwahl hinaus zu konservieren. Doch das alles führt dazu, daß eine Verfassung ihre normative Kraft verliert.

Was heißt das konkret?

Scholz: Würde etwa ein soziales Grundrecht auf bezahlbaren Wohnraum oder gar auf Enteignung von Wohnraum ins Grundgesetz eingeführt werden, würde das in der Konsequenz Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie und letztlich auch eine erfolgreiche Wohnungsbaupolitik vereiteln.

Etliche derer, die das Grundgesetz zum Siebzigsten gar nicht genug preisen konnten, haben zuvor allerdings wenig Skrupel gezeigt, es zu brechen, etwa in der Asylkrise 2015. Wie paßt das zusammen?

Scholz: Gar nicht, denn was damals passiert ist, war nicht nur „ein“ Verfassungsbruch – sondern der schwerste, den wir in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland jemals erlebt haben.

Also müsste 2015 nicht als das „Jahr der Flüchtlingskrise“, sondern als das der Verfassungskrise bezeichnet werden?

Scholz: Ja, wobei es nicht nur um 2015 geht – beide Krisen halten bis heute an.

Inwiefern?

Scholz: Nach wie vor kommen monatlich etwa 15.000 Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten zu uns.

Das mag höchst problematisch sein, aber warum ist das eine Verfassungskrise?

Scholz: Ich selbst habe 1993 als Bundestagsabgeordneter die Änderung des Asylrechts mitgestaltet, das seitdem besagt, daß wer aus einem sicheren Drittstaat kommt, bei uns kein Asylrecht hat. So steht es nicht irgendwo, sondern in Artikel 16a des Grundgesetzes! Dieser Artikel wurde nicht nur 2015 massiv gebrochen – er wird es seitdem noch immer! Und damit auch das Dubliner Übereinkommen, das das gleiche besagt.

Allerdings hat „Dublin“ doch nicht Verfassungsrang?

Scholz: Das ist richtig, aber der Artikel 16a nimmt genau das auf, was über die Vereinbarung von Dublin bereits europarechtlich festgelegt war. Der entscheidende Verfassungsbruch lag darin, daß die Bundesregierung seinerzeit unkontrolliert die Grenzen Deutschlands für eine ebenso unkontrollierte Einwanderung geöffnet hat. Wer in dieser Weise auf eigene Staatsgrenzen verzichtet, der verzichtet in der weiteren Konsequenz auf die Identität des ganzen Staates.

Warum?

Scholz: Weil der Staat aus drei Elementen besteht: Staatsvolk, Verfassung und Staatsgebiet. Wer also auf unsere Grenzen verzichtet, gibt ein Stück des Staates auf, den das Grundgesetz schützt – also den Staat in seiner verfassungsrechtlichen Identität.

Bis heute verneint die Bundesregierung, die Grenzen geöffnet zu haben, da diese – Stichwort Schengen – bereits offen waren.

Scholz: Falsch, denn Voraussetzung dafür war der Schutz der EU-Außengrenzen. Als der nicht mehr gegeben war, oblag der Grenzschutz wieder Berlin. Schengen betrifft allein die Freizügigkeit innerhalb der EU für alle ihre Bürger, also nicht die Einwanderung von außen.

Aber sticht nicht das Argument der Kanzlerin, humanitäre Not habe gedroht?

Scholz: Nein, denn es gibt keine Humanität über der Verfassung.

Allerdings erklärt Artikel 1 bekanntlich die Würde des Menschen zum Ausgangspunkt des Grundgesetzes. Steht die Humanität also nicht doch über allen seinen Artikeln?

Scholz: Nein, die ganze Artikel-1-Argumentation ist eine Ablenkung. Weil es nämlich gar nicht um „die Würde des Menschen“ geht, sondern um Artikel 16a. Und der besagt übrigens nicht nur, daß Einreisende aus Drittstaaten kein Asylrecht haben, sondern auch, daß für die wirklich politisch Verfolgten ein Recht auf Asyl gilt.

Worauf wollen Sie hinaus?

Scholz: Darauf, daß von „politisch Verfolgten“ und „Asyl“ die Rede ist, aber mit keinem Wort von Einwanderung. Macht man aber die Grenzen auf, dann hat das mit Asyl nichts mehr zu tun.

Das Artikel-1-Argument spielt bis heute eine große Rolle in der Debatte, denn dieser, heißt es, spricht von der „Würde des Menschen“, nicht „des Deutschen“.

Scholz: Auch das ist ein Stück Irreführung. Denn das Grundgesetz ist eine nationale Verfassung, die für die Bundesrepublik Deutschland gilt und nicht für Menschen, die sich außerhalb Deutschlands in ihrer Würde verletzt sehen. Das Grundgesetz ist kein weltweiter Wertmaßstab.

Warum hört man das dann ständig?

Scholz: Weil dieses Mißverständnis gezielt gezüchtet und gestreut wird.

Von wem?

Scholz: Von Parteien, Journalisten, NGOs, Teilen der Kirchen und anderen.

Warum?

Scholz: Weil sich die „Refugees welcome“-Gestimmtheit quer durch Politik, Medien und Öffentlichkeit zieht.

Trifft also Horst Seehofers viel kritisiertes Diktum von der „Herrschaft des Unrechts“ aus verfassungsrechtlicher Sicht doch zu?

Scholz: Ich habe mit dieser Umschreibung keine Probleme.

Also erlebt die Bundesrepublik bis heute anhaltend den schwersten Verfassungsbruch ihrer Geschichte und nichts passiert?

Scholz: Das ist es ja, was ich beklage!

Wie bitte ist das zu erklären?

Scholz: Damit daß, als das 2015 anfang, alle Bundestagsfraktionen mitgemacht und sich mitschuldig gemacht haben.

Aber wir leben doch in einem Rechtsstaat.

Scholz: Ja, und ich habe keinen Zweifel daran, daß das Bundesverfassungsgericht diese Politik für verfassungswidrig erklärt hätte. Das Problem war nur, daß es keinen Kläger gab.

Die CSU wollte, die AfD hat geklagt.

Scholz: Die CSU hat es, warum auch immer, vermutlich aus Rücksicht auf die Kanzlerin, nicht getan. Und die AfD ist damit gescheitert. Übrigens zu Recht, denn eine solche Klage, in der niemand konkret in seinen Grundrechten verletzt ist, sondern die darauf zielt, eine Politik auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin zu prüfen, ist eine Organklage. Die heißt so, weil sie nur von Organen der Verfassung erhoben werden kann, etwa dem Bundestag. Doch eine Bundestagsfraktion hatte die AfD damals noch nicht.

Wo ist dann noch der Unterschied zu einer Bananenrepublik?

Scholz: Dort ist der Rechtsstaat abgeschafft – was bei uns nicht der Fall ist. Karlsruhe hätte gehandelt, wären die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt gewesen. Und das ist übrigens auch der Grund, warum das berühmte Widerstandsrecht des Grundgesetzes hier nicht greift. Das ist nur gültig, wenn es um die Abschaffung der grundgesetzlichen Ordnung geht und rechtlicher Widerstand nicht mehr möglich ist. Beides war und ist hier nicht gegeben.

Aber wie ist es dem Normalbürger zu vermitteln, daß ein Verfassungsbruch solchen Ausmaßes ohne Folgen bleibt?

Scholz: Ich sehe das ebenso kritisch wie Sie. Und ich bin sicher, daß dieser Fall unser Land noch lange beschäftigen wird.

Die AfD wird meist als Gefahr für die Demokratie dargestellt. Folgt man Ihrer bisherigen Darstellung, erscheint sie dann nicht eher wie deren Verteidigerin?

Scholz: Auf jeden Fall ist die AfD die einzige Partei, die hier die Dinge klar beim Namen nennt. Das sollte den anderen eigentlich zu denken geben. Doch statt dessen sprechen die von Populismus und Rassismus. Ich kann nur davor warnen, diese Themen weiter mit einem Tabu zu belegen, das wird auf Dauer nicht gutgehen. Nehmen Sie auch den Umstand, daß die sozialpolitischen Erfolge der SPD in der Groko vom Wähler nicht honoriert werden. Warum? Weil das eben nicht mehr die Themen sind, die die Menschen wirklich bewegen.

Ist das aber nicht die Klimapolitik?

Scholz: Ich glaube das nicht. Sicher, die ist ein wichtiges und derzeit auch ein großes Thema. Aber ob sie die Masse der Bürger wirklich existentiell anspricht?

Klingt alles so, als betrieben die anderen Parteien eigentlich ein IA-Konjunkturprogramm für die AfD.

Scholz: Ja, das kann schon sein. Jedenfalls halte ich nichts davon, deren Erfolg in den Ostländern mit einer Entdemokratisierung dort gleichzusetzen. Vielmehr ist ein wesentlicher Grund dafür, daß es dort ein vergleichsweise starkes Gefühl für nationale Identität gibt, das im Westen vielfach geschwunden ist.

Fällt die nationale Identität Deutschlands eigentlich auch unter den grundgesetzlichen Bestandsschutz?

Scholz: Ja, soweit es die nationale Souveränität betrifft. Sprich, das Grundgesetz verbietet – das hat Karlsruhe klar festgestellt –, diese, etwa zugunsten eines EU-Bundesstaats, abzuschaffen.

Massenzuwanderung hat Einfluß auf das Staatselement Staatsvolk. Was ist damit?

Scholz: Sollte die Einwanderung solche Ausmaße annehmen, daß dessen Identität sich verändert, dann ist das mit dem Grundgesetz wohl nicht mehr zu vereinbaren. Das Problem ist nur, ab wie viel Millionen Einwanderern ist das der Fall? Wer legt das fest?

Ihre Partei ist Ausgangspunkt des von Ihnen beklagten Verfassungsbruchs. Müßten Sie die CDU nicht aus Protest verlassen?

Scholz: Nein, ich protestiere lieber deutlich vernehmbar innerparteilich. Die These von der sogenannten Willkommenskultur trägt weder rechtlich noch politisch.

Warum nicht?

Scholz: Dafür ist die Zahl der Einwanderer schon zu groß. Das zeigt ein Blick nach Frankreich, wo die Integration weitgehend mißlungen ist. Und das obwohl dort das Kultur- und Sprachproblem viel kleiner ist, da viele Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien kommen, bereits Französisch sprechen und mit französischer Kultur schon etwas vertraut sind. Im Gegensatz zu jenen, die zu uns gekommen sind und bei Ankunft nichts von Land und Sprache wissen. Ihre Integration, die in der Mehrzahl der Fälle wohl nicht mal gelingt, wird jährlich zehn bis zwanzig Milliarden Euro kosten – was vielen Bürgern noch gar nicht bewußt ist. Wo das alles hinführt, weiß ich nicht, aber schon dieser Punkt wird zu erheblichen Auseinandersetzungen führen können.

Prof. Dr. Rupert Scholz, der Staatsrechtler war von 1988 bis 1989 unter Helmut Kohl Bundesminister der Verteidigung und von 1981 bis 1988 unter Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen Justizsenator des Landes Berlin. Dem Bundestag gehörte er von 1994 bis 2002 an, bis 1998 als Vizevorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Von 1998 bis 2001 war er zudem stellvertretender Vorsitzender des CDU-Landesverbands Berlin. Zuvor hatte er einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der FU Berlin, danach in München den für Finanz-, Staats- und Verwaltungsrecht sowie Verwaltungslehre inne. Geboren wurde Rupert Scholz 1937 in Berlin, wo er heute als Rechtsanwalt tätig ist.

Den Gewaltakt verlängert

Literatur: Warum Ines Geipels Buch über den Osten Deutschlands ein Dokument des Ressentiments ist
Thorsten Hinz

Innerhalb weniger Wochen hat das neue Buch von Ines Geipel die vierte Auflage erreicht. Lobende Rezensionen und zahlreiche Interviews in Presse, Rundfunk und Fernsehen, in denen die Autorin ihre Thesen ausbreitete, haben für den nötigen Rückenwind gesorgt. ZDF-Moderator Markus Lanz äußerte sich begeistert: „Ein wirklich grandioses Buch. Kein Wort zu viel und jeder einzelne Satz ein Volltreffer. Eins der wichtigsten Bücher des Jahres.“

Der Titel liefert die Erklärung für die Publizität: „Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Haß“. Die Annotation auf dem Schutzumschlag ergänzt: „Fremdenfeindlichkeit und Haß ‘auf den Staat’: Verlieren wir den Osten Deutschlands?“ In drei östlichen Bundesländern stehen Wahlen bevor, die Prognosen für die AfD sind hervorragend. Da paßt das Buch zur politischen Agenda, die da lautet: Kampf gegen Rechts!

Ines Geipel, 1960 in Dresden geboren, gehörte in den achtziger Jahren zu den besten Sprinterinnen der DDR. Bis heute ist sie Mitinhaberin eines Staffeltrekords, von dem sie aber wegen des Dopingeinsatzes nichts mehr wissen will. Geipel hat unbestreitbare Verdienste: Sie hat das DDR-Zwangsdoping in die Öffentlichkeit getragen und für Opferentschädigung gekämpft. Als Herausgeberin der „Verschwiegenen Bibliothek“ hat die studierte Germanistin unterdrückte Literatur aus der DDR vor dem Vergessen bewahrt. So ist sie im Lauf der Jahre in den Ruf einer Seelen-Expertin für den Osten gekommen.

Das Buch bietet eine Innenansicht ihrer Familiengeschichte, die sie als modellhaft für die Tabus, Verwicklungen und Beschädigungen der DDR-Gesellschaft ansieht. Den Schreibimpuls löste der Tod ihres Bruders Robert („Robby“) aus, der im Januar 2018 an einem inoperablen Hirntumor starb. Beide waren eng miteinander verbunden gewesen, ehe sie sich im Streit über den Umgang mit ihrer Vergangenheit entfremdeten. Erst in den letzten Wochen kam es zu einer Wiederannäherung.

Ihr Vater spionierte DDR-Flüchtlingen nach

Geipels Familiengeschichte ist keine gewöhnliche. Beide Großväter waren bei der SS, der eine hatte wenigstens Kenntnis von den Vorgängen im Rigaer Ghetto. Ihr Vater führte ein Doppelleben. In der bürgerlichen Existenz war er Musiker und leitete den Pionierpalast in Dresden, wo die Familie im Nobelviertel Weißer Hirsch wohnte. Nachträglich erfuhr sie aus den Stasi-Akten, daß seine wochenlangen Absenzen, welche die Mutter mit Lehrgängen entschuldigte, in Wahrheit mit seiner professionellen Agententätigkeit zusammenhingen. Die Stasi hatte ihn mit acht verschiedenen Identitäten ausgestattet, unter denen er in der Bundesrepublik spionierte und DDR-Flüchtlinge auskundschaftete. In Techniken des Tötens und des Terrors war er ebenfalls ausgebildet. Die eigenen Kinder wurden zu Objekten seiner Gewalt.

Das alles wurde in der Familie über 1989 hinaus konsequent beschwiegen, in der „Familienkrypta“ versiegelt, wie Geipel schreibt. Geipel meint in ihrer Familienaufstellung, im bruchlosen Übergang der NS-konformen zur DDR-konformen Familie, das Paradigma des zweiten deutschen Nachkriegsstaates zu erkennen, dessen Nachwirkungen bis in die Gegenwart reichen. Die Mitläufer und kleinen Funktionsträger des NS-Regimes hätten ihre erlernten Verhaltensweisen unter antifaschistischen Vorzeichen beibehalten, anstatt sie aufzuarbeiten und zu überwinden. Symbolhaft für den fließenden Übergang von der braunen in die rote Diktatur steht die KZ-Gedenkstätte Buchenwald, das quasireligiöse Zentrum des staatlichen Antifaschismus, der auch den Gründungsmythos der DDR darstellt: Das KZ war nach 1945 von den Sowjets weitergeführt worden.

Die Brüchigkeit und Verlogenheit des DDR-Antifaschismus sind keine Neuigkeiten. Sehr speziell sind jedoch die Folgerungen, die Geipel daraus zieht. Die unbelehrt gebliebenen Kinder Hitlers – also die Generation ihrer Eltern – hätten „Hitlers Enkel“ und diese „Hitlers Urenkel“ herangezogen. Das Ergebnis seien Pegida, die Wahlerfolge der AfD, der Rechtsextremismus und die „Gewaltlust des Ostens“. In einem Interview faßte sie die schlimmsten Ost-Gebrechen so zusammen: „1. Jeder zweite im Osten ist fremdenfeindlich. 2. Die Gewalt ist dreimal so hoch wie im Westen. 3. Jeder zweite Ostdeutsche will muslimische Zuwanderung untersagen.“ In der Perspektive Geipels erscheinen die östlichen Bundesländer als der Störfall; die westlichen als der politische und geistig-moralische Normalfall.

Westlicher Antifaschismus erweist sich als destruktiv

Um nur ein paar der sekundären Fehler im Buch zu nennen: Geipel benutzt die Begrifflichkeit einer wissenschaftlich zweifelhaften Extremismus-Forschung, ohne deren Stichhaltigkeit zu überprüfen. Zweitens fügt die Lebenswirklichkeit der DDR sich nicht in ein holzschnittartiges Diktatur-Raster ein. Zwar sprach die SED-Propaganda besitzerergreifend von „unseren Menschen“, doch viele versuchten sich dem Zugriff zu entziehen: durch Rückzug ins innere Exil oder in die private Nische, durch Ausreiseanträge.

Für Geipel sind sogar die populären Indianerfilme, welche die Defa ab Mitte der sechziger Jahre als Antwort auf die Karl-May-Verfilmungen im Westen drehte, nur Mittel der Indoktrination

gewesen. Was für ein Unfug! Die Filme brachten ein bißchen Exotik, Farbe, Abenteuer, die Weite und Freiheit der Prarie in das sozialistische Einheitsgrau des eingezäunten Landes.

Geipel denkt und schreibt dogmatisch statt dialektisch. So entgeht ihr auch, daß selbst der offizielle Antifaschismus oder die Klassiker des Marxismus-Leninismus zu Ausgangspunkten des Widerstands werden konnten, wenn man sie nur beim Wort nahm. Als Oppositionelle der Parteiführung Rosa Luxemburgs Satz: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“, entgegenhielten, führte das zu einem Veitstanz der staatlichen Organe.

Vor allem aber – und das ist Geipels primärer Fehler – genügt es nicht, dem Antifaschismus der DDR seine Verlogenheit nachzuweisen. Seine westliche Variante erweist sich als ebenso destruktiv. Die DDR leitete den Antifaschismus aus der marxistisch-leninistischen Faschismus-Theorie ab, der zufolge die BRD weiterhin potentiell faschistisch war. Die Bundesrepublik hielt mit der Totalitarismus-Theorie dagegen, ehe sich unter dem Einfluß der aus den USA reimportierten Frankfurter Schule ebenfalls der Antifaschismus durchsetzte. Im Unterschied zur östlichen Variante, in der die Veränderung der ökonomischen Besitzverhältnisse entscheidend war, zielte die westliche auf die Veränderung der autoritären Persönlichkeitsstruktur ab.

Die Entwicklung im Westen entsprach dem Geist der Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg, der die Nachkriegsordnung einschließlich der Ost-West-Konfrontation transzendierte und überformte. Das Bündnis der Westmächte mit Stalin, der früher als Hitler zum Massenmörder geworden war, ließ sich im Rückblick nur rechtfertigen, wenn der Nationalsozialismus qualitativ schlimmer gewesen war als der Stalinismus. Andernfalls hätten bei den West-Alliierten rein materielle Motive den Ausschlag für das Bündnis gegeben, womit ihre geistig-moralische Vormundschaft über die Bonner Republik zweifelhaft geworden wäre.

Die Großverbrechen Stalins mußten also durch eine metaphysische Dimension der Hitlerschen Großverbrechen überboten werden. In der holocaust-zentrierten Zivilreligion hat diese Geschichtsmetaphysik ihre gültige Form gefunden. Sie entzieht sich der Historisierung und zwingt im Zeichen des „Nie wieder!“ den Nachgeborenen die fortgesetzte, schuldbewußte Selbstprüfung und den vorgeblich antiautoritären Antifaschismus auf, der in Wahrheit höchst autoritär ist!

Dieser Irrsinn wurde den Überlebenden des DDR-Antifaschismus nach der Wiedervereinigung als die neue geistige Freiheit verkauft. Grundsätzlich hat Geipel recht, wenn sie die Jahre ab 1933 für das Gebiet der DDR als eine durchgängige Gewaltgeschichte beschreibt. Nur vergißt sie hinzuzufügen, daß die mechanische Übertragung westdeutscher Politik- und Denkmuster auf den Osten die Gewaltgeschichte verlängert hat.

Die Situation in der DDR sei – in Geipels „Volltreffer“-Sprache – nach dem Mauerfall folgende gewesen: „Eine Gesellschaft stand einem unsortierten, mehrfach beschwiegene und völlig verstellten Geschichtsklumpen oder auch Erbschaftsressort gegenüber, in dem sie herumsuchte, den sie ertastete, seismographisch erspürte, der aber oft genug auch zu Abspaltungen und Seelenlähmungen führte.“ Großer Gott! Ein Klumpen ist eine unförmige, feucht-schwere

Masse; „Ressort“ bezeichnet einen Bereich oder eine Abteilung. Folglich läßt „Geschichtsressort“ an einen mit wichtigen Ereignissen und Erinnerungen gefüllten Raum denken. Wie aber konnten beide seismographisch erspürt werden? Hat der Raum zu beben begonnen? Oder bekam die Autorin weiche Knie? Hing der Klumpen an einem seidenen Faden, geriet in Schwingung und fiel Frau Geipel auf den Kopf, was zu Abspaltungen und Lähmungen führte? Solche sprachlichen Mißgriffe können passieren, aber bitte nicht auf jeder zweiten oder dritten Seite! Die Autorin hat viele große Gedanken ahnungsvoll in sich aufwallen gefühlt. Nur fehlten ihr dafür die Worte.

Die Trauma-Ursache verschweigt die Autorin

Was beim Leser zurückbleibt, ist Mitgefühl für ihre und ihres Bruders „Kindheit im Terror“, verursacht durch den Vater. „Wir mußten durch die Realität eines enthemmten Mannes, Vater, der verdeckte Krieger. Es war das Stasi-Prinzip jener Jahre.“ Die Verbindung zwischen dem familiär induzierten Kindheitstrauma und dem Unterdrückerstaat erscheint willkürlich, weil Geipel die konkrete Trauma-Ursache auch auf Nachfragen beschweigt. Auf Seite 114 ist nur zu lesen, sie und ihr Bruder seien jahrelang „die Stechpuppen des Vaters, seine Trainingsobjekte“ gewesen.

Wenn Metaphern überhaupt einen Sinn haben sollen, ist damit wohl die Geschichte eines sexuellen Mißbrauchs angedeutet. Die Stasi war des Teufels, doch Kindesmißbrauch war weder ihr Prinzip noch ihre Exklusivität. Einerseits verschließt Geipel den Vater-Tochter-Konflikt in der Krypta ihres Herzens; andererseits projiziert sie ihn unbewiesen auf den Staat. Deshalb ist ihr Buch ein Dokument des Ressentiments und nicht der Analyse. Seine Erhebung zum Wunderbuch über den Osten bedeutet einen weiteren Gewaltakt gegen ihn.

Ines Geipel: *Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Haß*, Klett-Cotta, Stuttgart 2019, gebunden, 377 Seiten, 20 Euro

Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine

Auf Vordermann bringen

Richard Drexler und Josef Kraus

Die Tatsache, daß die Truppe selbst Verlegungen im größeren Maßstab nicht mehr beherrscht – weil die Aufgabe nicht mehr geübt wurde und die erforderlichen Gerätschaften kaum noch verfügbar sind –, verdeutlicht, wie sehr es im militärischen Handwerk bereits ums Eingemachte geht. Ganz abgesehen davon erfordert die Vorbereitung von Übungen und Einsätzen heutzutage einen ungeheuren Aufwand, weil Material aus allen Teilen der Republik zusammengeklaut werden muß. (...) Mittels eines „dynamischen Verfügbarkeitsmanagements“ (Bundeswehrjargon, vulgo: Heldenklau) wird das notwendige Material herangeschafft.

In der Erfindung euphemistischer Begriffe haben es deutsche Bürokraten schon immer zur Meisterschaft gebracht. Ganze Büroetagen in Stäben und Ämtern haben sich darum zu

kümmern, daß der Materialausgleich über alle Organisationsbereiche und Landesteile hinweg funktioniert. Eine Unzahl von Fahrzeugen ist mehr oder weniger ständig auf den Autobahnen und Straßen unterwegs, um die größten Löcher zu stopfen. Auslandseinsätze haben dabei Vorrang, eine Blamage den Partnern gegenüber soll vermieden werden. (...)

Eine „Trendwende Material“ soll nun zu einer besseren Ausstattung der Truppe führen, hohle Strukturen sollen in absehbarer Zeit der Vergangenheit angehören. Das wird Jahre dauern und Milliarden kosten. Ob und wann ein befriedigendes Ergebnis erzielt wird, ist völlig offen. Lob verdient die Bundesregierung immerhin insofern, als die materiellen Probleme offen benannt werden. Der Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme vom 26. Februar 2018 zeigt den mangelhaften Zustand schonungslos auf. Nahezu alle Großgeräte von Heer, Luftwaffe und Marine haben einen beklagenswerten Einsatzbereitschaftsstand. Die nun seitens des Ministeriums geplante Einstufung der Klarstände von Waffensystemen als Verschlußsache wird kein Problem lösen, sie wird heutzutage auch nicht mehr funktionieren.

Zunächst hat die Regierung aber große Mühe in den eigenen Reihen: Der Koalitionspartner SPD zielt sich in bezug auf die notwendigen Mehrausgaben, schließlich ist die soziale Armut in Deutschland so groß, daß dort zunehmender Handlungsbedarf in vielerlei Beziehung herrscht. Von wegen jahrzehntelang ausgebauter Sozialstaat und einer Sozialleistungsquote, die von 18 Prozent (1960) auf über 30 Prozent gestiegen ist; für die Aufnahme von Migranten bringt er ohne viel Federlesens über Nacht Dutzende von Milliarden jährlich auf (Ausgaben des Bundes für Flüchtlingshilfe und Integration 2017: 20,8 Milliarden Euro, Jahresbericht im Kabinett). Die Haltung vieler Politiker grenzt an Verantwortungslosigkeit: Die Wiederwahl ist offensichtlich wichtiger als die Zukunftssicherung unseres Landes.

Die allgegenwärtigen Versuche, die Armee zu „zivilisieren“, ein nichtmilitärisches Kontrollregime bis in den letzten Winkel auszubauen und ihr den letzten Rest an militärischem Geist auszutreiben, haben dabei gerade noch gefehlt.

Die bundesdeutsche Gesellschaft ist inzwischen so naiv wie pazifistisch, daß Zweifel am Selbstbehauptungswillen der Nation entstehen. Entsprechend gering ist das Ansehen der Armee. Das bleibt in den Köpfen der Soldaten nicht ohne Folgen.

Die Bundeswehr ist in Teilen auch mental in einem beklagenswerten Zustand. Wen verwundert das? Ob heute noch mit Fug und Recht vom „freundlichen Desinteresse“ gesprochen werden kann, wie der damalige Bundespräsident Horst Köhler am 10. Oktober 2005, ist fraglich. Die bundesdeutsche Gesellschaft ist inzwischen so naiv wie pazifistisch, daß Zweifel am Selbstbehauptungswillen der Nation entstehen. Entsprechend geringwertig angesehen ist die Armee im Lande.

Daß dies in den Köpfen der Soldaten nicht ohne Folgen bleiben kann, liegt auf der Hand. Wenn sich dann noch die eigene Ministerin zur Frontkämpferin gegen die Truppe aufschwingt und aus freien Stücken und auf der Basis von Einzelfällen generelle „Haltungsprobleme“ attestiert, flüchten sich viele in Resignation und machen Dienst nach Vorschrift. Sie warten auf die

vergleichsweise üppige Gehaltsmitteilung und lassen diejenigen gegen den Strom rudern, die sich ihre Motivation für den Dienst am Vaterland noch erhalten haben.

Mit diesen Ingredienzien geht etwas Entscheidendes für die Funktionsfähigkeit einer Armee kaputt: der Geist der Truppe. Alarmglocken sollten läuten, wenn die Anrechnung eines Kameradschaftsabends als Arbeitszeit reklamiert wird. Kampfgemeinschaften können nur effektiv funktionieren, wenn sie eine starke Bindung und Geschlossenheit entwickeln.

Das setzt der politisch gewünschten Diversität deutliche Grenzen. Die Einübung von Kameradschaft ist mehr als Geselligkeit, sie ist die Versicherung für den Ernstfall, gemeinsam mit Kameraden zu kämpfen und gegenseitig das letzte Hemd herzugeben. (...)

Die Bundeswehr muß in vielfältiger Hinsicht wieder auf Vordermann gebracht werden. Nach Jahren der Fokussierung auf Stabilisierungseinsätze mit leichten Kräften wird heute wieder eine modern-mechanisierte Truppe benötigt: qualifiziertes Personal, mehr gepanzerte Fahrzeuge und Artillerie, mehr Kampfflugzeuge, Hubschrauber und Schiffe, hochentwickelte Aufklärungs- und Führungsfähigkeit, Flug- und Raketenabwehr, intelligente Munition, leistungsfähige Transport- und Einsatzlogistik. General a. D. Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und hochrangiger Nato-General, sieht darin keineswegs eine Aufrüstung, allenfalls eine Verringerung der durch Unterfinanzierung und Auslandseinsätze verursachten Mängel (SZ, 13. August 2018). Die Wiederherstellung der vollen Einsatzfähigkeit der Bundeswehr, zusätzliche Nato-Streitkräfteziele sowie ein weiterhin angemessener Beitrag zur internationalen Krisenbewältigung bedeuten eine anspruchsvolle Dreifachaufgabe. Wer jahrelang alles schleifen läßt, hat es später doppelt schwer. Später ist jetzt!

Die USA wenden 2019 mit über 700 Milliarden US-Dollar weit mehr als die im Nato-Rahmen vereinbarten zwei Prozent des BIP für ihr Militär auf. Deutschland bildet unter den relevanten Militärmationen des Bündnisses mit etwa 1,3 Prozent BIP-Anteil das Schlußlicht.

Trump beklagt zwar stärker als frühere US-Präsidenten transatlantische Ungleichgewichte, doch sind derartige Vorwürfe nicht seine Erfindung. Bereits Barack Obama hatte 2016 in der April-Ausgabe von The Atlantic die europäischen Partner als Freerider bezeichnet, als Trittbrettfahrer also. Nun gut, immerhin ist der deutsche Verteidigungsetat 2019 auf bemerkenswerte 42,9 Milliarden Euro angestiegen. Die Bundesrepublik hat zudem zugesagt, ihre militärischen Ausgaben bis 2025 auf 1,5 Prozent des BIP zu erhöhen. Wir werden sehen, ob dieses Versprechen gehalten wird.

Klar ist jedenfalls: Deutsche Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent Anteil am BIP bedeuten im Vergleich zum Ist eine erhebliche Erhöhung. Deshalb traut sich auch kaum ein führender Politiker, diese Forderung dezidiert zu erheben. Eher wird trickreich herumgerechnet, daß ja die zwei Prozent gar nicht so weit entfernt seien, wenn bestimmte Anteile der Entwicklungshilfe hineingerechnet würden.

Dieser Eiertanz führt aber nicht weiter. Es muß mit aller Konsequenz eine kontinuierliche Steigerung der Ausgaben im Interesse einer Beseitigung der Ausrüstungslücken geben. Personalausgaben zusätzlich zu erhöhen wäre keine Lösung. (...).

Martin Schulz, SPD-Kanzlerkandidat des Jahres 2017, hat zusammen mit dem damaligen SPD-Fraktionsvize Thomas Oppermann eingewendet, in Europa könne niemand allein schon mit Blick auf die Geschichte derart hohe deutsche Verteidigungsausgaben wollen. Eine Scheinargumentation, die nichts als den eigenen Unwillen zum Handeln ausdrückt. Ganz im Gegenteil: Partner und Freunde fordern unisono bei jeder Gelegenheit eine entsprechende Erhöhung unseres Verteidigungsbeitrags und explizit ein Ende der deutschen Sonderrolle. Daß damit die deutschen Verteidigungsausgaben die höchsten in Europa wären, ist unbestritten, das ergibt sich aus unserer Wirtschaftskraft.

Es hat keine Zukunft, daß Deutschland und Europa von US-Unterstützung abhängig sind, aus eigener Kraft aber chinesischen oder russischen Pressionen kaum etwas entgegensetzen könnten. Unsere Partner haben ein Anrecht auf ein starkes Deutschland.

Was müßte aber mit zusätzlichem Geld geschehen, das für die Verteidigung über den jetzigen Stand hinaus aufgebracht werden soll? Zunächst muß es darum gehen, die unübersehbaren Löcher in der materiellen Ausstattung der Bundeswehr zu stopfen. Beispiele wurden genannt. Nicht zu vergessen die miserable Bevorratung von Munition, die nur eine untaugliche Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte zuläßt. Sie wurde in den letzten Jahren auf ein lächerliches Minimum heruntergefahren. Als Beispiel mögen schwere Seezielflugkörper der Marine dienen, von denen gerade einmal 25 auf Lager liegen. Macht vier Stück pro Korvette, ein glaubwürdiges Abschreckungspotential sieht anders aus.

Die Bevorratung wieder erhöhen zu können, hängt allerdings nicht mehr nur von Haushaltsmitteln ab, Munitionsdepots wurden in den letzten Jahren reihenweise geschlossen. Es sind kaum noch Lagermöglichkeiten verfügbar.

Und wer davon ausgeht, daß die USA künftig tatsächlich nicht mehr den Weltpolizisten auf eigene Rechnung spielen werden, dem fallen genügend ernsthafte europäische Anliegen ein: Die Sicherung der Weltmeere vor chinesischem Weltmachtgehabe und gegen Piraterie, weltraumgestützte und signalerfassende Aufklärung sind nur einige Beispiele, die sich die EU und damit die Deutschen vornehmen müssen. Merkels Idee eines europäischen Flugzeugträgers dürfte leider wieder nur eine Sprechblase sein wie ihre Einlassungen für eine Europaarmee. Zwei Prozent BIP-Anteil der Verteidigungsausgaben können als Versicherungsbeitrag betrachtet werden gegen die Gefahren einer zunehmend instabilen Weltordnung. Insbesondere Deutschland braucht freie Handelswege und den Import von Rohstoffen, ohne sie ginge es mit Wohlstand und Sozialstaat rasch bergab.

Wird außerdem der unterproportional geringe Investitionsanteil der Bundeswehr von nur 13 Prozent der Verteidigungsausgaben berücksichtigt, verdeutlicht dies, daß mit den vorgesehenen Mitteln eine nennenswerte Steigerung der deutschen militärischen Fähigkeiten nicht erreicht werden kann. Es führt kein Weg an der Zielmarke „Zwei Prozent“ vorbei.

Die wirtschaftliche Großmacht Deutschland muß ihre sicherheitspolitische und militärische Ohnmacht beenden, um die ihr zustehende Rolle in Europa und der sich ständig verändernden Welt einzunehmen. Sie muß endlich das richtige Maß finden zwischen militärischer Selbstbeschränkung und dem Solidaritätsbedürfnis der Verbündeten. Es hat keine Zukunft, daß Deutschland und Europa von US-Unterstützung abhängig sind, aus eigener Kraft aber chinesischen oder russischen Pressionen kaum etwas entgegensetzen könnten. Unsere Partner haben ein Anrecht auf ein starkes und berechenbares Deutschland.

Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand hängen von der Weltordnung ab, die nicht von alleine stabil ist und bleibt. 25 Jahre Streitkräftereform mit dem Ergebnis, daß sie für die Landes- und Bündnisverteidigung nicht mehr einsetzbar sind, bedürfen der nachhaltigen Korrektur.

Wir brauchen wieder Streitkräfte in des Wortes ursprünglicher Bedeutung. Wir brauchen eine Regierung mit Rückgrat, die sich nicht scheut, vor die Bevölkerung zu treten und zu sagen, was die Konsequenzen des Nichtstuns sind, europäisch, in der Nato und weltweit.

Richard Drexl, Jahrgang 1952, Oberst a.D., war von 1972 bis 2013 Berufssoldat, davon 15 Jahre im Bundesministerium der Verteidigung. Als Abteilungsleiter im Waffensystemkommando der Luftwaffe trug er Verantwortung für die Rüstungsvorhaben des fliegenden Gerätes der Bundeswehr.

Josef Kraus, Jahrgang 1949, war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Über 20 Jahre gehörte er dem Beirat für Fragen der Inneren Führung beim Bundesminister der Verteidigung an.

Richard Drexl, Josef Kraus: Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine, FinanzbuchVerlag, München 2019, gebunden, 240 Seiten, 22,99 Euro. Der Beitrag auf dieser Seite ist – mit freundlicher Genehmigung der Autoren und des Verlags – ein Auszug aus dem Buch.